

Ganzjährig	6 fl. — kr.
Halbjährig	3 „ — „
Vierteljährig	1 „ 50 „
Monatlich	— „ 50 „

Ganzjährig	9 fl. — kr.
Halbjährig	4 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 5 kr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & F. Damberger)

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr. Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 37.

Dienstag, 16. Februar. — Morgen: Konstantia.

1869.

Der niedere Klerus und das bevorstehende Konzil.

Es ist bekannt, daß zwischen den hohen Würdenträgern der Kirche und der niederen Geistlichkeit eine gewisse Spaltung besteht. In Bezug auf das bevorstehende ökumenische Konzil veröffentlicht nun „Der Freimüthige“ den „Mahnruf eines katholischen Geistlichen an seine Amtsbrüder“, der in mancher Beziehung der Beachtung werth erscheint. Wir lassen hier einige interessante Stellen aus diesem Mahnrufe folgen:

„Noch in diesem Jahre sollen von neuem die Würfel zu rollen beginnen über eine lange und vielleicht bange Zukunft des untergeordneten katholischen Klerus. Ein allgemeines Konzil steht vor der Thür! Um die ungeheure Summe von 220.000 Lire sind bereits die Prunkstühle der Bischöfe im Querschiffe der Peterskirche in Rom dazu errichtet. Ob auch nur ein hölzernes Bänkchen für einen Sachwalter unserer Anschauungen, unserer Wünsche, unserer Forderungen, unserer Rechte daselbst gezimmert werde, davon, hochwürdige Amtsbrüder, verlaute bisher nicht eine Silbe. Und doch soll es sich dort um den Zukunftsstandpunkt der ganzen katholischen Kirche in einer neuen Weltgestaltung handeln; und doch sind wir, ja gerade wir, die wahre, die wirkende und bewegende Seele des ganzen katholischen kirchlichen Lebens! — Unsere Brüder in Baiern, an die Spitze des ganzen katholischen Deutschlands tretend, haben längst die Wichtigkeit des Moments anerkannt, sie rühren und regen sich und sie werden ihre Sprecher in die ewige Stadt entsenden, um der Stimme der nicht bepurpurten Geistlichkeit Gehör und geziemende Geltung zu verschaffen. — Und wir? Ist denn ein Schlaf von zwanzig Jahren so lange, so tief und so betäubend, daß keine

Ermunterung, kein Erwachen mehr denkbar ist? Ist unser sonst so muthiges Herz durch langes Dulden und Zusammenpressen nun so feige geworden, daß wir gar nicht mehr die Kraft fühlen sollten, das, was wir tief in diesem Herzen empfinden, Wünschen und fordern, auch nur mit einem einzigen Worte im Angesichte derjenigen klar und offen auszusprechen, die da sagen, daß sie allein die entscheidende Stimme in der Kirche hätten, und von deren Gnade das zu erwarten wir gewöhnt wurden, was eigentlich und zuletzt unser entschiedenes Recht wäre? Wir wissen allerdings, daß bisher bei allen Synoden das Dogma stets die Vergoldung aller Thätigkeit abgeben mußte. Von dem bevorstehenden allgemeinen Konzil fordern wir aber was anderes, was besseres: Statt der Theorie einmal die Praxis, statt dem Dogma die thätige Wirksamkeit zur friedlichen, versöhnenden, zeitgemäßen Mittelsung der großen Fragen der neuen Weltordnung! Und da zuerst die Frage nach der Stellung der katholischen Kirche im neuen Staate und in der neuen Gesellschaft.

Fehlschießt das Konzil für alle kommenden Jahrhunderte, wenn es noch ferner der Welt aufzwingen will die alte Idee, daß die katholische Kirche die ausschließliche und allein seligmachende Grundlage der Staaten und der Gesellschaft sein müsse, wenn es von neuem das Verwerfungsurtheil ausspricht über alle jene Staats- und Gesellschaftsformen, die nicht aus den altkirchlichen Normen erwachsen sind. Fehlschießt das Konzil, wenn es als Organ eines spezifischen Hochkirchentums den politischen Absolutismus als den Ausdruck der allein göttlichen Weltordnung zu versteinern fortfährt, und wie der Syllabus gethan, dem Grundsatz der Selbstregierung und Selbstgesetzgebung — der staatlichen Freiheit — der vorwärtsgeschrittenen Völker sein

Anathema entgegensetzt. Fehlschießt und weit fehlt das Konzil, wenn es, die mittelalterlichen vier Stände, wie ein göttliches Statut festhaltend, dem sich zur Höhe der Altprivilegirten erhebenden Bürgerthum, den zur geistigen Gleichheit aufstrebenden Schichten der menschlichen Gesamtgesellschaft mit seinem Verdikte ein Halt gebieten zu können sich einbilden wollte. —

Eine andere Frage ist die nach der freien Wissenschaft. Ja, wir wollen die Freiheit der Wissenschaft, und zwar in ihrem ganzen Umfange. Es ist ein Wahnsinn, die Wissenschaft, das Wissen, wie ehemals auch jetzt noch in die Fesseln eines Glaubensbekenntnisses schlagen zu wollen. Wissen ist eben wissen und kein glauben, hat auch mit dem Glauben nicht die geringste Verwandtschaft. Ein Wahnsinn, sage ich, ist es, die Wissenschaft nur so lange zu preisen und zu loben, als sie die dienende Magd des kirchlichen Dogmas ist; dann aber, wenn sie in eigener Kraft die Gründe und das Wesen der Dinge zu erforschen sich ansieht, wenn diese Forschung zu Ergebnissen führt, so sicher und gewiß, daß auf diesem Wege die Welt dem Menschen allgemach erklärt wird. — Peter über sie zu schreien, sie als teuflische Blendung, als greulichen Hochmuth des Geistes, als die geschworne Feindin jedes Offenbarungsglaubens zu verdammen und zu brandmarken.

Wir wollen aber nicht die Niederlage der Kirche, wir wollen ihr blühen, ihre Verjüngung, und darum erheben wir unsern Protest. Und diesem Protest suchen wir mit aller Kraft und Entschiedenheit an jenem Konzil Gewicht und Geltung zu geben. Stehen wir zusammen wie ein Mann, und wir werden eine Macht sein, stark genug, nicht nur den einzelnen zu ermuntern, sondern auch unseren Forderungen den umfangreichsten Erfolg an Ort

Feuilleton.

Eine Blindenanstalt in Laibach.*

IV.

* Nachdem die Erwerbsfähigkeit der Blinden durch die beschriebene Ausbildung gesichert ist, gilt es, auch den Erwerb zu leiten und zu sichern; wir betreten damit ein soziales Gebiet, das Gebiet der Arbeit. In der neueren Zeit wird auf diese für die Existenz der Gesellschaft so wichtige Frage mit Recht ein hoher Werth gelegt, warum sollten in der Austragung derselben nicht auch die arbeitsfähigen Blinden Berücksichtigung finden?

Was geschieht nicht alles für die Sehenden, daß sie Beschäftigung und Erwerb finden; soll denn die Arbeit des Blinden nur in Betteln bestehen? Gegen die arbeitsfähigen aber arbeitsscheuen Sehenden wendet man Zwangsmittel an, indem man sie in Arbeitshäuser steckt, bei den Blinden duldet man das vagabundiren in der falschen Voraussetzung, daß dieselben dazu genöthigt seien, weil sie sonst

keine Versorgung finden. Bieten wir dem blinden Bettler eine geregelte Versorgung, und er wird sie zurückweisen, weil die Gewohnheit des Bettelns ihn fesselt und moralisch heruntergebracht hat. Eine treffliche Illustration zu diesem Sage bietet die bei Gründung des Wiener Versorgungshauses gemachte Erfahrung. Auf die öffentliche Bekanntmachung, daß jeder Blinde, der nicht im Stande sei, sich durch eigene Hilfe zu ernähren, in das Haus aufgenommen werden solle, meldeten sich von den 58 bekannten Bettlern und Bettelmusikanten Wiens nur 4; darauf wurde ihnen täglich zum Lebensunterhalte das nöthige Geld unter der Bedingung, daß sie nicht Betteln sollten, verabreicht; aber sie nahmen die Unterstützung und bettelten doch!

Ist der Blinde erwerbsunfähig und werden ihm nachher die Bedingungen des Erwerbes gewährt, daß er die gefährliche Bahn des Bettelns nicht betritt, so wird der Blinde gerne arbeiten, weil ihm gerade die Arbeit, sein Elend unendlich erleichtert.

Es geschieht dies nun entweder in Beschäftigungs- und Versorgungsanstalten, oder in freien Werkstätten, oder im eigenen Hause. Wenn auch viele gebildete Blinde als Lehrer, Musiker, Klavirstimmer gar keine Unterstützung bedürfen, wenn sogar einige hervorragende

Geister sich Lehrstühle errungen haben, auf welchen sie mit ausgezeichnetem Erfolge wirkten, oder wenn sie mit Glück in die politische Laufbahn sich warfen, oder wenn ihre Kunst die Bewunderung der Mitwelt erweckte: die große Mehrzahl wird immer auf die niederen Handarbeiten angewiesen sein, und diese können den Blinden, wenn er sich selbst überlassen bleibt, nicht ernähren. Man hat darum Beschäftigungshäuser eingerichtet, deren in Oesterreich zwei bestehen und in welchen die aufgenommenen eine lebenslängliche Versorgung finden. Allein mit Recht ist gegen diese Art der Fürsorge manches eingewendet worden.

Das Prager Versorgungshaus zählt ungefähr 50, das Wiener ungefähr 80 Interne, welche Zahlen in keinem Verhältniß stehen zu der Anzahl der ausgebildeten Blinden, wie es denn nicht anders sein kann, da die Aufnahme auf Lebenszeit geschieht und eine neue Aufnahme nur möglich wird, wenn eine solche Pfründensstelle vakant ist.

Besonders aber ist der Mangel an selbständiger Bewegung ein Uebelstand in diesen Anstalten. Ein jeder Mensch strebt nach dieser individuellen Freiheit, die ein heiliges Recht des Menschen ist, und auch der Blinde kann und soll, so weit sein Gesichtsmangel dies erlaubt, selbständig und unab-

* Siehe Nr. 19, 23, 28.

und Stelle zu sichern. Und warum sollten wir wohl nicht den Muth dazu haben? Wir sind es ja, die das Herz des katholischen Volkes in unserer Hand haben, wir sind die wahren Volksmänner, nicht die Bischöfe. Wir sind es, die alle Mähen und Beschwerden der ganzen Seelsorge auf unsere Schultern laden. Wir sind es, die des Tages Fast und Hige im Weinberge des Herrn mit aller Opferwilligkeit aushalten und kaum einen Groschen dafür am Ende des mühsamen Tagwerks erhalten. Und man soll die Stirne haben, unieren Ruf, unser verlangen, unser fordern ungehört verhallen zu lassen? Das kann nicht sein, das kann ich nicht glauben, wenn wir uns selbst wohl bewußt sind und es in die Welt hinein verkündigen, daß wir die Träger des apostolischen Priestertums — nicht nach menschlicher, sondern nach göttlicher Einsetzung — so gut wie die Bischöfe sind, hinweisend auf das Wort des heil. Hieronimus: „Was thut denn ein Bischof, was nicht auch ein Priester thun könnte?“ Wenn wir es in die Welt hineinrufen, daß wir allein die Stützpfeiler des ganzen Episcopates sind, ohne welche alle bischöfliche Macht und Gewalt nichts weiter wäre, als ein purpurner Schatten.

Darum Muth, Brüder; nur festen Muth und unzertrennbare Einigkeit, und wir werden nicht umsonst unser Wort gesprochen haben. Die ganze zivilisirte Welt sieht jetzt auf uns, wir sind ihr zum Schaupiele geworden; und das Urtheil aller kommenden Jahrhunderte wird der unfehlbare Richterspruch über unseren Häuptern sein.“

Ueber die Reform unserer Volksvertretung

bringt die „Debatte“ folgende statistische Betrachtungen: Da die Volkszahl der Länder der ungarischen Krone rund 15 Millionen Seelen beträgt, so entfällt von 442 Deputirten des Unterhauses ein Repräsentant auf rund 34.000 Seelen. Die gesammte Steuerleistung beträgt 77 Millionen, es entfällt also ein Repräsentant auf ein Steuerquantum von 175.000 fl. Da die Länder diesseits der Leitha eine Bevölkerung von 19.750.000 Seelen haben und an Steuern 206 1/2 Millionen Gulden zahlen, so kommt hier nach der gegenwärtigen Verfassung ein Abgeordneter erst auf 97.000 Seelen und auf ein Steuerquantum von 1.016.000 fl. Wollte man in Oesterreich die Anzahl der Deputirten in ein gleiches Verhältniß mit Ungarn bringen, so müßte man dieselbe auf 980 Köpfe erhöhen. Eine derartige Erhöhung der Zahl der Abgeordneten würde aber einen allzu schwerfälligen parlamentarischen Körper bilden, abgesehen von sonstigen Schwierigkeiten. Das mindeste, was aber geschehen muß,

ist eine Verdoppelung der Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses, welches dann 406 Köpfe zählen würde, was auch ein richtiges Verhältniß zur Zahl der Pairs bilden würde. Mit der einfachen Verdoppelung wäre aber noch wenig gethan, denn die Abgeordnetenplätze sind sehr ungerecht auf die einzelnen Kronländer vertheilt.

Würde man die Zahl der Abgeordneten auf 406 erhöhen und diese Zahl gerecht vertheilen, so würden entfallen nach der Volkszahl auf Niederösterreich 38, Oberösterreich 14, Salzburg 4, Steiermark 22, Kärnten 8, Krain 10, Küstenland 10, Tirol mit Vorarlberg 18, Böhmen 108, Mähren 42, Schlesien 10, Galizien 104, Bukowina 10, Dalmatien 8.

Bismarck als Revolutionär.

Im preussischen Herrenhause hat die Debatte über die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen begonnen und Graf Bismarck hat diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, ohne abermals seinen Standpunkt darzulegen. Der preussische Ministerpräsident bezeichnete den Vertrag mit den entthronten Fürsten als einen Staats- und nicht als einen Privatvertrag; man habe mit König Georg einen Waffenstillstand abgeschlossen, den aber der entthronte Fürst nicht eingehalten habe. Graf Bismarck fuhr dann fort:

„Die englischen Vorfahren des Königs Georg vertrieben die Stuart und gaben ihnen keine Entschädigung. Die verschiedenen Linien des Hauses Bourbon, welche durch die Umwälzungen in Frankreich, Spanien und Sizilien ihre Throne verloren, haben weder Geldentschädigungen erhalten, noch wurden solche beantragt. Würden die theilhaftigen Staaten ihnen Gelder zahlen, so würden sie dieselben gewiß von dem Augenblicke an zurückziehen, wo die bourbonischen Dynastien angingen, Legionen im Auslande zu bilden. Wir haben keinerlei Eroberungs-, sondern einen Vertheidigungskrieg gegen eine übermächtige Koalition geführt, die Preußen demüthigen und Deutschland die Verfassung vom Jahre 1863 und den Frankfurter Fürstentag aufzwingen wollte. Nicht Eroberung, sondern Sicherheit für die Zukunft haben wir durch die Annexion Hannovers gesucht.“

Non videbis annos Petri.

Die Nachricht von der Krankheit des Papstes, glücklicherweise unbegründet und eine Erfindung, hat insofern eine Frage wieder angeregt, mit welcher sich vor einigen Jahren französische Blätter beschäftigten. Dikemal spricht die „Liberte“ darüber, indem sie darauf aufmerksam machte, daß Pius IX. am 17.

Juni d. J. in das 24. Jahr seines Papstthums eintreten werde. Nun haben bisher nur drei Päpste 24 Jahre regiert; in's 25. Jahr ist mit Ausnahme des h. Petrus keiner gekommen. Daher in Rom die Sage: non videbis annos Petri, d. h. Du wirst die Jahre des Petrus nicht erreichen.

Die „Liberte“ sagt nun darüber: „Pius IX. hat sich freilich dagegen verwahrt, daß dieser Satz ein Glaubensortikel sei. Dennoch aber unterliegt auch er dem Einflusse der alten Legende und glaubt, wie man versichert, daß er vor Ablauf des 24. Jahres sterben werde, obgleich seine Körperbeschaffenheit ihm eher ein langes Leben verheißt und die Familie der Mastai-Feretti an Hundertjährigen reich ist, wie denn auch mehrere seiner Onkel und seine Mutter ein Alter von mehr als 90 Jahren erreicht haben. Danach hätte Pius Aussicht, St. Peter zu überholen.“

Aber nicht nur die Römer und der Papst selber denken fleißig an das non videbis annos Petri; man weiß im Vatican sehr wohl, daß ein Theil des auswärtigen, namentlich des französischen Klerus das Heil der katholischen Welt darin sieht, daß der gegenwärtige Wahlmodus abgeändert werde. Viele fragen sich, ob es den Interessen des Katholicismus nicht ungünstig sei, daß der Papst Italiener oder wenigstens von einem vorwiegend italienischen Cardinals-Kollegium gewählt sein muß. Mehrere Bischöfe denken und sagen ganz leise, die Wahl eines französischen Papstes könne nur zur Befestigung der zeitlichen Macht des Heiligen Stuhles beitragen. Alles dies im Geheimen; denn die Klugheit, die bischöfliche Kardinaltugend, gestattet es nicht anders.

Aber schwerlich wird es sich vermeiden lassen, daß dieser Gegenstand auf den nächsten Konzil zur Sprache kommt, und man nennt jetzt schon den Bischof Maret als denjenigen, der die Aufmerksamkeit seiner Mitbrüder darauf lenken soll. Auch der Diplomatie sind diese Vorgänge natürlich nicht fremd; auch sie denkt daran, daß das non videbis zur Wahrheit werden könnte, und wird das Ihrige thun, die Bischöfe zu unterstützen.“

Der Prozeß Karageorgievich.

Pest, 11. Februar.

Am vierten Verhandlungstage wurden zuerst die Kommissäre vernommen, welche bei der Vernehmung in Serbien zugegen waren. Diese Zeugen sagen aus, daß sie nicht bemerkt hatten, daß die Zeugenaussagen, die gegen den Angeklagten lauten, durch Anwendung von Torturwerkzeugen erpreßt wurden. Die Zeugen hatten schlecht ausgesehen; waren aber nicht gequält worden.

Ankläger: In welchen Verhältnissen und Beziehungen standen Sie zu der Familie Obrenovich? —

hängig sein. Wenn darum auch fast überall noch solche Anstalten eingerichtet sind, so geht man doch bereits vielfach zu einem andern Prinzip der Unterstützung über, und nur als Zufluchtsort für solche Blinde, welche aus irgend einem Grunde nicht zur Heimat zurückkehren können oder wollen, wird die eben beschriebene Anstalt für die Zukunft ihre Berechtigung behalten.

Unstreitig zweckmäßiger, auch zugleich weit billiger, ist die Einrichtung von freien Werkstätten, in welchen die blinden Arbeiter das Rohmaterial vorfinden, die nöthigen Werkzeuge zur unentgeltlichen Benützung haben und ein sicherer Absatz der Arbeit ihnen garantirt ist. Eine solche freie Werkstätte soll mit jeder Blindenbildungsanstalt verbunden sein, es bleibt dabei die Selbständigkeit der Arbeiter gewahrt, indem sie am Abend in ihren häuslichen oder Freundeskreis zurückkehren und so im beständigen Verkehr mit der Welt der Sehenden bleiben.

Nicht alle Blinden übrigens werden an dem Orte ihrer Ausbildung verbleiben wollen, sondern viele zieht es zurück an den Ort ihrer Geburt, in die Heimat, darum soll sie die Liebe nicht gefesselt zurückbehalten, sie soll ihnen vielmehr beratend und helfend auch dorthin folgen. Es sind zu

dem Ende Unterstützungsfonde gegründet worden, aus welchen die entlassenen Blinden in der Heimat theilhaft werden. In Linz z. B. erhalten dieselben eine Unterstützung von 30 bis 50 fl., und der Landtag gewährt zu diesem Zwecke eine jährliche Subvention von 500 fl. Vortrefflich ist dieses System durch Georgi in Sachsen durchgeführt, wo für mehr als 200 Blinde in dieser Weise gesorgt wird. Der Direktor besucht auf seinen Rundreisen die Blinden, steht außerdem in beständiger Korrespondenz mit den politischen und geistlichen Behörden, oder nach Umständen irgend einem gebildeten und menschenfreundlichen Manne aus der Heimat des Blinden, und kann sich auf diese Weise genau über die Art der Verwendung und die Berechtigung zu weiterer Unterstützung instruiren.

Doch glauben wir, daß auch hier die Unterstützung weniger durch Geldsummen zu vermitteln sei, als daß vielmehr auch hier für eine geeignete Werkstätte, für billiges Arbeitsmaterial, augenblicklichen Absatz und augenblickliche Zahlung zu sorgen ist.

Auf diese Weise fühlt sich und wirkt der Blinde als nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft, nicht nur daß er seine Arbeitskraft einsetzt in das große Getriebe des Verkehrs, sondern auch dadurch, daß er in seinem Heimatsorte in geistiger

wie moralischer Hinsicht manch edles Samenkorn auszustreuen im Stande ist.

Das eben gesagte gilt vorzugsweise von den männlichen Blinden, die Mädchen können selbstverständlich nicht zu dieser Unabhängigkeit gelangen, sondern sie müssen nach ihrer Ausbildung in das Elternhaus zurückkehren, oder, wenn sie keine Angehörigen besitzen, auf eine Weise versorgt werden, bei welcher ihre physische und moralische Wohlfahrt keinen Schaden erleidet. Die fähigeren unter ihnen können als Organistinnen und Lehrerinnen verwendet werden, und besonders können sie an den Blindenvorschulen sich nützlich erweisen. Für die übrigen sorgt man am besten dadurch, daß man sie in Familien unterbringt oder daß man kleine Asile für sie errichtet, in welchen sie gemeinsam unter Aufsicht von Hauseltern leben und arbeiten, wobei jedoch gleichfalls darauf zu sehen ist, daß diese Asile mehr den Charakter der Familie, als der Anstalt tragen.

Eine ganz andere Stellung nehmen die Späterblindeten ein; bei ihnen ist die Blindheit eine Verunglückung, die, wie jede andere, Anspruch auf die Armenpflege gewährt. Dies gilt auch von denjenigen Früherblindeten, welche arbeitsunfähig geworden sind.

Karageorgievich: Vom Jahre 1829 — 1839 lebte ich in der Walachei. Um die letztere Zeit erhielt ich die Erlaubniß, nach Serbien zurückkehren zu dürfen, im Jahre 1842 geschah es, daß ich Milosch Obrenovich, welcher nach Oesterreich flüchtete, bis an den Safluß gefolgt bin, wo man mich angehalten und zum Fürsten von Serbien proklamirt hat. Im Jahre 1857 hat Milosch getrachtet, mich ums Leben zu bringen.

Die Aussage Kuzmanovich's lautet: Im Jahre 1861 suchte ich den Fürsten auf, wir besprachen die üblen Zustände Serbiens, wobei der Fürst beklagte, daß, nachdem das Volk unzufrieden sei, es nicht schwer wäre, selbes aufzuwiegeln und die Obrenovichs zu vertreiben, umsomehr, da dies selbst die Türken wünschten. Der Fürst forderte mich auf, ich möge, nach Belgrad zurückkehrend, mich nach Personen umsehen, die man zur Ermordung des Michael erkaufen könnte. Ich habe diesem Wunsche des Fürsten entsprochen und machte ihm zu wissen, daß sich zur Vollführung des Mordes Leute gefunden. Zur selben Zeit erhielt auch Mastorovich 300 Dukaten vom Fürsten zur Hervorrufung des Aufstandes, und wie ich später von Stanovich vernommen, hatte Fürst Karageorgievich 20.000 Dukaten zu diesen Zwecken bestimmt.

Diese Aussage wiederholte Kuzmanovich auch in Gegenwart des Fürsten.

Ankläger: Hatte Ihre Gattin Persida von dem Mordanschlage Kenntniß? — Karageorgievich: Sie wußte gar nichts.

Ankläger: Simon Renadovich behauptete, daß Sie an der Vollführung des Mordanschlages mitgewirkt haben? — Karageorgievich: Dies ist nicht wahr.

Es wurde das Geständniß Simon Renadovichs verlesen, wonach die Aufwiegelung im Jahre 1863 Fürstin Persida geleitet habe, der Fürst Karageorgievich aber die Zustandbringung der Ermordung des Fürsten Michael sich zur Aufgabe gemacht. — Später hatte Renadovich in Bezug auf die Fürstin Persida das Geständniß zurückgenommen.

Präsident: Wie kommt es, daß Sie Ihr eigener Anverwandter so sehr belastet? — Karageorgievich: Jeseff Renadovich, mein Schwiegervater, hatte bei seinen Lebzeiten unsere Güter selbst verwaltet, doch habe ich damals nie einen Kreuzer als Revenüe erhalten. Nach dessen Ableben wollten seine Söhne Simon und die übrigen Geschwister haben, daß dies auch fernerhin so verbleiben möge; da ich dies nun nicht zugeben, machte ich mir sie alle zu Feinden. Daher kommt auch das feindselige Geständniß des Simon über mich.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die Verhandlung für heute geschlossen.

Politische Rundschau.

Laibach, 16. Februar.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy befindet sich in Angelegenheit der Ausrüstung der Honveds in Wien. Die diesbezüglichen Berathungen, welchen einige höhere Beamte des ungarischen Landesvertheidigungsministeriums beizuwohnen, sind, der „Volksztg.“ zufolge, ihrem Abschlusse nahe und man hat den Wünschen der Ungarn in jeder Hinsicht Rechnung getragen. Die Bewaffnung der ungarischen Landwehr wird derjenigen der Linie nicht nachstehen und selbst dem Wunsche der Ungarn, daß die Lieferungen für die Ausrüstung der Honvedtruppe so weit als möglich der transleithanischen Industrie zugewendet werden sollen, wird willfahrt werden.

Die Sanction und Publikation des Gesetzes über die Schwurgerichte in Preßachen wird nach Andeutungen, welche die „Volks-Zeitung“ aus gewöhnlich sehr gut unterrichteten Kreisen erhält, in der ersten Hälfte des nächsten Monats erfolgen. Es soll nämlich mit der Veröffentlichung des Gesetzes über die Einführung der Schwurgerichte in Preßachen zugleich eine allgemeine Amnestie für Preßdelikte und die Niederschlagung aller wegen Preßvergehen in den Ländern diesseits der Leitha anhängig gemachten Prozesse, ferner die Aufhebung

des Ausnahmestandes in Prag und Umgebung angekündigt werden. Für solche Maßregeln, welche geeignet sind, in weiten Kreisen vergangene Leiden durch das Gefühl der Sicherheit und kommenden besserer Tage zu verdrängen, wählt man nach einem alten Gebrauche Tage, die in der Familie des Herrschers und im ganzen Lande festlich begangen werden.

Es wurde vor längerer Zeit in den Blättern eines Memorandums erwähnt, das dem Minister des Innern überreicht worden ist und in welchem der Beweis geführt wird, daß alle zum Erzbisthum Olmütz gehörigen Güter Lehngüter seien, welche die Krone als Lehensherr einzuziehen in gewissen Fällen berechtigt ist. Mit Hinweis auf die Haltung, die der jetzige Erzbischof von Olmütz den Staatsgrundgesetzen gegenüber einnimmt, wird, wie das „Wiener Tagblatt“ meldet, ein Abgeordneter, der dem Klub der „neuen Linken“ angehört, bei der Budgetdebatte auf die angeführte Thatsache zurückkommen und die Regierung zu den entsprechenden Maßnahmen gegen den genannten Kirchenfürsten auffordern.

Im Studentenviertel von Paris hat man einen der geheimen Agenten, welcher die Polizei über die dortigen Vorgänge auf dem Laufen erhielt, entdeckt. Dieser Agent, von Geburt ein Korse, ist ebenfalls Student. Er verlor seine Brieftasche, ein anderer Student fand und durchstöberte sie und entdeckte die Polizeikarte, welche darin war. Wie es scheint, sollen noch andere Agenten unter den Studenten sein. Im Quartier Latin macht die Sache Aufsehen, und wie es heißt, haben die Studenten jetzt eine Gegenpolizei gegründet, damit betraut, die verdächtigen Subjekte zu überwachen.

Der Fürst von Montenegro ist gegenwärtig in Berlin der Löwe des Tages. Er verdankt dies unstreitig seinen Empfehlungen durch den russischen Hof. Es werden ihm Ehrenbezeugungen erwiesen, auf welche andere kleinere Potentaten von älterem und reinerem Geblüt stolz sein könnten. Selbst an der militärischen Ehrensuite fehlt es ihm nicht, die von einem Rittmeister der Garde du Corps repräsentirt wird.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Kirchenbesuch der Schuljugend.) Es wird mit großer Befriedigung entgegengenommen, daß heuer unsere Kinder so lange mit dem Besuch der Schulmesse verschont werden. Dürfen wir dies als ein Zeichen nehmen, daß unser Clerus die Verhältnisse erkennt und ihnen gerecht wird? Bei der Trennung der Kirche und des Staates, die denn doch durchgeführt wird, liegt die Versorgung aller religiösen Bedürfnisse der Schuljugend mehr als früher bloß in den Händen der Geistlichkeit. Ist aber der tägliche Kirchenbesuch ein Bedürfnis? Wir antworten entschieden: Nein! Wir behaupten sogar, daß er mehr Uebel als Nutzen stiftet. Die Kirche, jener Ort, den wir mit Weihe und Vorbereitung betreten sollen, er wird unserer Jugend, die ihn täglich, nicht getrieben von einem inneren Drange, nicht bewogen durch einen äußeren Anlaß, zur festgesetzten Stunde betreten muß, er wird ihr gleichgiltig. Allerdings sollen die Schüler darin Gott um seinen Beistand, den Geber der Weisheit und des Verstandes um Erleuchtung bitten; aber thun sie es? Wir in unserer Jugend haben oft die Lektion gelernt, und statt des Gesangs — oder Gebetbuches das Schulbuch vor uns gehabt. Der Besuch der Messe verkürzte uns die beste Zeit zum lernen, die Morgenstunde, er machte uns gegen jeden Kirchenbesuch gleichgiltig, ja er erzeugte, wie aller unbegründete Zwang, geradezu Widerwillen. Wir hörten neulich einen Schulmann über diesen Gegenstand sich dahin äußern, es sei genug, wenn die Schüler wöchentlich dreimal zum Kirchenbesuche verhalten würden, am Sonntage, als am Tage des Herrn, am Montage, als am Beginne der Schulwoche, wie zu einem Vonsancto, und am Freitage, als am Leidenstage des Heilandes. Nun glauben wir zwar, es wäre mit dem

sonntäglichen Kirchenbesuche der Schuljugend, die mit Lehrgegenständen wahrlich nicht wenig bedacht ist, vollkommen genug. Da es uns jedoch scheint, man habe bei der maßgebenden geistlichen Stelle jenen dreimaligen Kirchenbesuch in der Woche einzuführen in Ueberlegung genommen, so wollen wir auch dieses als einen Fortschritt begrüßen.

— (Ein neues Irrenhaus für Krain.) In Folge des vom Wiener Psychiater Dr. Schläger abgegebenen Gutachtens über das hiesige Irrenhaus und die dessen Umbau respektive die Zubaute eines neuen Tobhauses betreffenden Baupläne, denen bereits der Landtag seine Zustimmung erteilt hatte und die demnächst mit einem Kostenaufwande von beiläufig 50.000 fl. hätten zur Ausführung kommen sollen, fand sich der krainische Landesauschuß veranlaßt, die projektirten, ein großes Baukapital in Anspruch nehmenden und dennoch die vorhandenen, einer rationellen Irrenbehandlung im Wege stehenden Uebelstände keineswegs beseitigenden Umbauten vorläufig zu sistiren und dem nächsten Landtage das Projekt eines neu zu erbauenden Irrenhauses mit dem Belegraume für 100 Geistesfranke vorzulegen. Die hiezu nöthige Bausumme, deren Ausbringung als das Haupthinderniß dieser so notwendigen Baute bisher galt, könnte mit Benützung des vorhandenen Baukapitals durch die in Aussicht gestellte Entschädigungsrente für den inkamerirten Provinzialfond binnen wenig Jahren beigebracht werden. Um ferner dem von Tag zu Tag sich mehrenden Andrang der vom Lande aufzunehmenden Irren vorüberhand zu genügen, wäre für die provisorische Unterbringung der ruhigen Irren in einem in Miete zu nehmenden Hause außer dem Spitaler Sorge zu tragen. Es ist demnach alle Aussicht vorhanden, daß der Aufbau eines den Anforderungen der Humanität und der Wissenschaft entsprechenden neuen Irrenhauses, auf dessen unabwiesbare Nothwendigkeit in den früheren Landtagssessionen zu wiederholten malen hingewiesen wurde, in nicht mehr langer Zeit zur Ausführung kommen werde.

— (Ehrendiplom für Graf Anton Auersperg.) Nach einer Mittheilung der „Linzener Tagespost“ ist von der Künstlerhand des Hrn. Prof. M. J. Kaiser ein Ehrendiplom vollendet worden, welches die Stadt Steyer dem zum Ehrenbürger ernannten Herrn Herrenhausmitgliede Grafen Auersperg (Anastasijs Grün) widmet. Die sinnreiche Anwendung von Ornamenten, welche in Zeichnung und Farbe daran erinnern, daß Steyr die „uraltel Eisenstadt“ sei, die prachtvolle Ausführung der Wappen des Hauses Auersperg und der Stadt Steyr, sowie einer lorbeerbekränzten Lira, endlich die ausgezeichnete Kalligraphie des Textes, vereinigen sich zu einem Meisterwerke seltener Art.

— (Februar nicht Märzhasse.) Dieser Tage stöberte der Hund eines nächst Livoli spazierenden Herrn das Lager einer Häsia auf — und siehe, ein eben erst gefestigtes Häslein wurde daselbst gefunden. Auch ein Zeichen des frühen Lenzes.

— (Eine Entscheidung in der Sprachenfrage.) Aus Gills, 10. Februar, schreibt man der „Lagespost“: Von Interesse ist eine Entscheidung des Ministers Dr. Giskra in einer Frage der Gleichberechtigung beider Landessprachen Steiermarks. Es hat nämlich der slovenische Leseverein in Franz der politischen Landesstelle seine Statuten zur Kenntnissnahme vorgelegt, wurde jedoch angewiesen, den in slovenischer Sprache abgefaßten Statuten eine deutsche Uebersetzung beizulegen. Dem Rekurse gegen dieses Anstehen hat nun der Minister des Innern bei dem Umstande, als die slovenische Sprache in Steiermark eine der Landessprachen ist und mit Rücksicht auf den Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. September 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, Folge gegeben.

Aus dem Vereinsleben.

Konstitutioneller Verein in Laibach. Derselbe hielt gestern Abends 7 Uhr im Saale der Schießstätte seine neunte Versammlung. Als Vorsitzender fungirte der Obmann Dr. Suppan, als Schriftführer Dr. v. Schrey, als Regierungskommissär erschien Magistratsrath Zeras. Anwesend waren 81 Mitglieder.

Als erster Gegenstand war folgender Antrag Dr. G a u s s e r s auf der Tagesordnung:

Zu Erwägung, daß sich der konstitutionelle Verein in Laibach die Förderung des geistigen und materiellen Fortschrittes in Krain, sowie der volkswirtschaftlichen Thätigkeit mit zu seinen Zwecken gesetzt hat;

in Erwägung, daß vor allem die wirtschaftliche Seite der Landesgesetzgebung bisher wenig in Betracht gezogen wurde, und daß gerade in dieser Hinsicht das Land einer wohlüberlegenen, besonnenen, planmäßigen und konsequenten Förderung bedarf, um sich geistig und materiell zu heben,

werde der Vereinsauschuß beauftragt, unter beliebiger Zuziehung von Sachverständigen aus den Vereinsmitgliedern 1. ein Programm jener wirtschaftlichen Fragen aufzustellen, welche einer gesetzlichen Regelung im Lande dringend bedürften; 2. die einzelnen dieser Fragen bezüglich der erforderlichen Lösung diskussionsreif zu machen und im Vereine zur Diskussion und Beschlussfassung zu bringen.

Der Antragsteller führt nun zur Begründung seines Antrages vor allem an, wie notwendig es sei, daß in Krain endlich einmal die wirtschaftlichen Fragen, die noch größtenteils der Lösung harren, in Fluß gebracht werden; er zeigt, wie auf wirtschaftlichem Gebiete mehr als auf andern Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt und im Gefolge ökonomischer und geistiger Ruin unvermeidlich sei. In Krain, wo noch so manche Erwerbsquellen aus Mangel an Kapital und Verständnis nicht eröffnet wurden, wo das Volk vielfach unter der großen Steuerlast leidet, wo oft drückender Geldmangel herrscht und Unwissenheit und geringe Bildung noch vielfache Hindernisse bereiten, ist eine Regelung der wirtschaftlichen Fragen daher gewiß ganz besonders wünschenswert. Dieselbe fällt zum größten Teile in den Bereich der Landesgesetzgebung, allein die unsere hat sie bisher in bedauerlicher Weise vernachlässigt und Zeit und Kräfte nur zu häufig zu staatsrechtlichen Abseiwisungen, doktrinarischen Diskussionen und sprachlichen Zwißigkeiten verbraucht. Die Individualität des Landes wird am besten durch Förderung der wirtschaftlichen Fragen gewahrt, und die Möglichkeit ihrer freien, möglichst ungehinderten Entwicklung zu schaffen, ist eine der höchsten Aufgaben der Vertretung, die damit mehr Nutzen stiften und sich mehr Anerkennung erwerben wird, als mit leerem Formwesen und mit der Aufwärmung veralteter Institutionen. (Beifall.)

Nedner erinnert weiter an die traurigen Zustände unserer Waldwirtschaft, unseres Waldschuges, an die fehlenden Bestimmungen über die Wasserbenutzung, an die Lage des Kleingrundbesitzes und des Kleingewerbes, an die meist mangelhafte agronomische Bildung, an das Darunterliegen vieler Industriezweige u. a., wo überall eine angemessene gesetzliche Regelung Noth thut.

Im ferneren Verlaufe seiner Motivierung weist der Redner darauf hin, wie sich die große Masse gewöhnlich weniger um die Theorie, um formelle Geseze, als um die materiellen Fragen kümmere; wenn wir also wollen, daß das Volk sich in die neuen Verhältnisse hineinfinde und die Verfassung schätzen lerne, so müssen wir trachten, ihm materielle Vortheile zu bieten; können wir ihm schon keine Steuererleichterung verschaffen, so sollen wir doch bestrebt sein, ihm neue Erwerbsquellen zu öffnen und durch eine rationelle wirtschaftliche Reglementierung seine Lage zu verbessern. Der Fragen, die auf diesem Gebiete der Lösung harren, gibt es ungemein viele, wichtige und minder wichtige; die einen sollen gleich gelöst werden, andere lassen sich noch verschieben; theils wird es sich nur um eine publizistische Versprechung handeln, theils werden Petitionen oder unmittelbare Anregung im Landtage am Platze sein. Es ist also notwendig, daß ein Programm aufgestellt, die einzelnen Fragen präzisirt und geordnet und in angemessener Reihenfolge Spruchreif gemacht werden. (Allgemeiner Beifall.)

Es ergreift nun Dr. Schrey das Wort, der in meritorischer Beziehung mit Dr. Gausers Antrag ganz einverstanden ist, sich jedoch dagegen verwahrt, daß Gegenstände von so enormem Umfange und so großer Wichtigkeit einfach dem Ausschusse zur vollständigen Ausarbeitung zugewiesen werden; deshalb beantragt er: Der Antrag Dr. Gausers sei vorerst der formellen Behandlung durch den Vereinsauschuß zu unterziehen, welcher hierüber in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten haben wird.

Dr. Gausser hat gegen den letztgenannten Antrag nichts einzuwenden, nur wünscht er, daß schon heute prinzipiell sein Antrag genehmigt werde, weshalb er extern nach dem Worte „vorerst“ mit dem Beisatze „bezüglich der Durchführung“ amendirt.

Auflos Deschmann begrüßt Dr. Gausers Antrag ebenfalls mit Freuden, hält aber in formeller Beziehung Dr. Schreys Ansicht auch für gerechtfertigt. Nedner führt weiter aus, daß eine Versprechung über die gesetzliche Regelung wirtschaftlicher Fragen unserm Landtage gegenüber sicher am Platze sei, der keinen fixen Plan, kein richtiges System in seinen Arbeiten verfolgt und sich schon oft mit prinzipiellen Entscheidungen zufriedengestellt, denen dann keine Durchführung im konkreten Falle folgte. Ueberdies ist der Zeitpunkt jetzt auch ein günstiger, indem das Land die Entschädigung für den inameritirten Provinzialfond erhält und so nicht unbedeutende Summen disponibel werden, die nur wirklich wichtigen und vorzüglich volkswirtschaftlichen Zwecken gewidmet werden sollen.

Nach einer kurzen Debatte über die Abstimmungsfrage, an welcher sich Dr. Suppan, W. Stedry und Dr. Gausser betheiligen, wird des letztern Antrag mit der

von Dr. Schrey vorgeschlagenen formellen Behandlung angenommen.

Der ärztliche Verein hielt am Samstag die erste Monatsversammlung in diesem Jahre. Anwesend waren zehn Mitglieder und zwei Gäste, unter letzteren Herr Prof. Schläger aus Wien, welcher sich bekanntlich in den Vauangelegenheiten unseres Irrenhauses hier befindet. Obmann Dr. Schiffer legte mehrere Vilder und Broschüren vor, welche an den Verein eingelaufen sind, darunter ein paar sehr alte Werke (1635) als Geschenk des Mag. Chir. Vogl. — Dr. Keesbacher hielt hierauf einen Vortrag über interessante und seltene Fälle, welche auf seiner Abtheilung vorkamen, worunter ein Fall von Zuckerkrankheit, bei dem am manchen Tagen 1½ bis 2 Zollpfund Zucker ausgeschieden werden, und über welchen Fall der Vortragende genaue Tagsrapporte über Zu- und Abfuhr nebst den Tabellen der von Prof. von Berger vorgenommenen Analysen vorlegte. Ein zweiter Fall betraf eine spontane Perforation nach außen bei einem Falle von Wassersucht, ein Krankheitsausgang, welcher als ein Unikum betrachtet werden kann. Ferners demonstrierte derselbe einen Fall einer rudimentären Niere, als zufälligen Obduktionsbefund. Zum Schlusse sprach der Vortragende über einen Fall von chronischem Erbrechen und über den Einfluß des Spiritus menthae auf selbes. Ueber letzteren Gegenstand entspann sich eine längere Debatte. Prof. Valenta demonstrierte hierauf ein von ihm unter den Musealpräparaten vorgefundenes Präparat, eines angeborenen Steißgeschwulst, welche bezüglich des Verlaufes der Gefäße und Ausführungsgänge des Unterleibes höchst interessante Abnormalitäten zeigte. Nach der Sitzung versammelte sich der Verein im Gasthause zum „Elefanten“ in geselliger Einigung.

Epigrammatisches.

7. Husterblid.

Der Stod — er war in Ehren pensionirt
Und ledig sind wir dieser Plage; —
Die „Hilfsundzwanzig“ aber ungenirt
Bedrohn noch immer uns're Tage. —

8. Errare humanum.

So jemand findet jemanden im Korn,
Dann — jagt die Mutter — sind es ihrer zwei.
Die Rechnung gilt! ob's Weiße sind, ob Mohr'n, —
Ob Judenpad — ob fromme Klerlei.

9. Reform im Bureau.

Fort mit dem Jopf! — Beamte seien mündig,
Verpönt der Formentram — der Vortrag blüdig; —
Und für Beschwerden von der glid'nen Ader
Sechs Wochen Urlaub mit dem — Hinterlader. —

10. Bewaffneter Friede.

Achtmalhunderttausend Streiter
Um des lieben Friedens bloß!
Obendrauf den Vater Greuter
Ja ging selbst der Teufel los!

11. Allianzen.

Es heißt: wenn Hund und Katze nicht mehr großen,
Dann wird frisch weg in Kompagnie — gestohlen; —
Er in Paris; — in Spreachen der Zweite,
Sie werden Handelskeins noch ob der — Vente.

12. Politische Predigt.

Gemahnt es Dich ein frommes Wort zu hören,
Zieh' in den — Wald, und horch' der Vögel Sang!
Denn was die von der Kanzel jetzt uns lehren,
Nicht Andacht ist's — nur elter Zeitungsanz.

13. Vergebens.

Allerorts will alles sich vereinen; —
Steuerbares gibt es ohne End';
Nur die Einheit selbst will nicht erscheinen,
Und das Bare bleibt uns ewig fremd.

Witterung.

Laibach, 16. Februar.

Nachts heiter. Reis. Morgens ziemlich bewölkt, später Aufklärung. Temperatur: Morgens 6 Uhr — 1.0°, Nachm. 2 Uhr + 9.8° (1868 + 5.0°, 1867 + 8.1°) Barometer im Fallen: 329.87. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 2.8°, um 3.0° über dem Normale.

Angekommene Fremde.

Am 15. Februar.

Stadt Wien. Irrgang, Kaufm., Wien. — Wiener, Kaufm., Trieste. — Schwarz, Direktor, Kanter. — Jotter, Handelsmann, Kufnif.

Elefant. Keinesch, Geschäftsreisender, Wien. — Becker, Kaufm., Berlin. — Polzer, Kaufm., Wien. — Stof, Sänger, Pest. — Klier, Gutsbesitzer, Neumarkt. — Kallan, Pfarrer, Planina. — Krizaj, Pfarrer, Voitsch. — Vogacer, Holzhändler, Kropp. — Weittmann, Privat, Franzberg. — Kovat, Estamoteur, Graz. — Richter, Beamte, Krainburg.

Verstorbene.

Den 15. Februar. Maria Hudnik, Inwohnersweib, alt 33 Jahre, im Zivilspital an der Tuberkulose.

Der 16. Februar. Franz Opalk, Knecht alt 37 Jahre, im Zivilspital an der Tuberkulose.

Gedenktafel

über die am 18. Februar 1869 stattfindenden Visitationen.

3. Feilb., Wallatz'sche Real., Svitzah, BG. Neumarkt.
— 3. Feilb., Strainer'sche Real., Ambros, BG. Seisenberg.
Erledigungen: Konzipistenstelle bei der Finanzdirektion Krain, 700 fl. Binnen 4 Wochen beim Fin. Dir.-Präf. Laibach.

Theater.

Zum Vortheile der hiesigen Armen.

Heute: Ein weißes Blatt.

Schauspiel in 5 Akten von Gungl.

Personen: Madame Steiner, geb. v. Seeburg, Frau Schmidts. — Eveline, Fr. Solms. — Wilhelm, Maler und Professor, Hr. Mathes. — Oekonom Rath von Seeburg, Hr. Stefan. — Beate, Fr. Arthur. — Toni, Fr. Konradin. — Gustav Holm, ein junger Gelehrter, Hr. Bergmann. — Valentin, sein Diener, Hr. Parth.



Echt Schmidt'sche
Waldwollfabri-
kate & Präparate,
sowie

Fenster = Konleang,
Vorhangstoffe, ame-
rifan. Feder „Leater
Clett“, Laustücher für
Treppen und Vorzimmer

staunend billig am Lager bei

Albert Trinker in Laibach.

Säcke

1½ und 2 Mehen, sind zu den billigsten Preisen in großer Anzahl beim Gefertigten vorrätig.

Derselbe empfiehlt auch die bei ihm befindliche

Niederlage

der (34—3)

Ratschacher Papier-Fabrik

von luftgetrockneten Flietz, Sadel- und Padpapieren und Pappendeckeln.

Desgleichen das große wohlaffortirte

Manufaktur-Waaren-Lager

welches zu den billigsten Preisen abgegeben wird.

J. N. Marinschek.

Im Hause Nr. 239 am Hauptplatze

ist eine (33—3)

schöne Wohnung,

bestehend aus neun Zimmern, Küche und Keller, mit Georgi zu vermieten. Anfragen im Hause selbst, 2. Stod.

Wiener Börse vom 15. Februar.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Geld	Ware
Spec. österr. Währ. . .	58.75	58.85	Öst. Hypoth.-Bank .	97.— 98.—
dto. v. 3. 1866 . . .	63.40	63.50	Prioritäts-Oblig.	
dto. Rente, öst. Pap. .	62.—	62.10	Östb.-Gef. zu 500 fr.	112.75 113.—
dto. öst. in Silb. . .	67.75	67.85	Öst. B. 6 pEt.	238.— 239.—
Loie von 1854 . . .	89.75	90.25	Östb. (100 fl. G.W.)	92.50 93.—
Loie von 1860, ganzr .	97.50	97.60	Östb. (200 fl. G.W.)	86.75 87.25
Loie von 1860, Häufst. .	101.—	101.50	Rudolfsh. (300 fl. G.W.)	86.75 87.—
Prämienf. v. 1864 . .	125.—	125.50	Frankz.-Jof. (200 fl. G.)	88.75 89.—
Grundentl.-Obl.				
Steiermark zu 5 pEt. .	88.—	89.—	Loie.	
Kärnten, Krain . . .			Östb. 100 fl. G.W.	164.— 164.50
u. Küstenland 5 . . .	86.—	86.—	Öst. Dampf.-Gef.	
Ungarn . . . zu 5 . .	78.75	79.25	zu 100 fl. G.W.	97.50 98.—
Kroat. u. Slav. 5 . .	78.50	79.—	Östb. 100 fl. G.W.	118.— 120.—
Slavonien 5 . . .	75.—	75.50	Östb. 50 fl. G.W.	57.— 58.—
Aktion.			Östb. 40 fl. G.W.	34.— 35.—
Nationalbank . . .	736.—	740.—	Östb. 20 fl. G.W.	— —
Österr. Bank . . .	290.10	290.30	Östb. 10 fl. G.W.	41.— 42.—
Öst. Compt.-Gef. . .	765.—	768.—	Östb. 5 fl. G.W.	35.— 35.50
Anglo-österr. Bank .	282.50	283.—	Östb. 2 fl. G.W.	36.— 37.—
Öst. Bodencr.-B. . .	252.—	254.—	Östb. 1 fl. G.W.	32.50 33.50
Öst. Hypoth.-Bank .	74.—	76.—	Östb. 0.5 fl. G.W.	21.— 22.—
Öst. Compt.-B. . .	130.—	131.—	Östb. 0.2 fl. G.W.	24.50 25.50
Öst. Ferd.-Nordb. .	2300	2305	Östb. 0.1 fl. G.W.	15.— 15.50
Östb.-Gef. . .	228.50	229.75	Östb. 0.05 fl. G.W.	14.50 15.50
Öst. Elisabeth-Bahn .	179.50	180.—	Wechsel (3 Mon.)	
Carl-Ludwig-Bahn .	217.25	217.75	Angst. 100 fl. südb. W.	102.— 102.10
Sielenb. Eisenbahn .	158.—	158.50	Frankf. 100 fl.	101.90 102.10
Öst. Franz-Josef-B. .	168.—	168.50	London 10 fl. Sterl.	122.— 122.15
Häufst.-B. v. 1864 . .	182.50	183.—	Paris 100 francs	48.00 48.10
Küstenl.-B. v. 1864 .	157.50	158.—	Münzen.	
Pfandbriefe.			Nat. 5 fl. verlosf.	97.50 97.75
Nat. 5 fl. verlosf. . .	97.50	97.75	Öst. 20-francs-Stück .	9.75 9.76
Öst. 20-francs-Stück .	92.50	92.75	Öst. 10-francs-Stück .	1.79 1.79.75
Öst. 10-francs-Stück .	107.—	107.50	Öst. 5-francs-Stück .	1.20— 1.20.50
Öst. 5-francs-Stück .	90.—	90.50		

Telegraphischer Wechselkurs

vom 16. Februar.

5perz. Rente österr. Papier 62.20. — 5perz. Rente österr. Silber 68.—. — 1860er Staatsanleihen 97.30. — Bankaktien 734. — Kreditaktien 290.40. — London 122.20. — Silber 119.75. — R. f. Dufaten 5.76.